

Elzach, den 19.07.2016

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die**  
**öffentliche Sitzung**  
**des Gemeinderates der Stadt Elzach**  
**vom 19. Juli 2016**

---

**Sitzungsort:** Sitzungssaal des Rathauses Elzach, Hauptstraße 69, 79215 Elzach

**Anwesend:** Der Vorsitzende, Bürgermeister Roland Tibi und 17 Stadträte und zwar:  
Dietmar Oswald, Rolf Pleuler, Fabian Thoma, Karl-Heinz Schill, Michael Meier,  
Joachim Disch, Josef Wernet, Franz Lupfer, Jürgen Dorner, Lena Mayer,  
Bernhard Schindler, Ludwig Läufer, Nikolaus Winterer, Josef Weber, Stefanie  
Kury (bis TOP 2), Susanne Volk (ab TOP 4), Marc Schwendemann, Johannes  
Becherer

**Normalzahl:** Vorsitzender und 18 Stadträte

**Entschuldigt**

**fehlt:** Stadtrat Dr. Peter Haiß

**Unentschuldigt**

**fehlt:** niemand

**Außerdem**

**anwesend:** Ortsvorsteher Franz Burger (Oberprechtal),  
Stadtoberamtsrat Fortun Haas, Bauamtsleiter Tobias Kury (GVV Elzach),  
Kaufm. Leiter Stadtwerke Elzach Stephan Fix

**Presse:** Bernd Fackler (Badische Zeitung), Jens Brodacz (Elztäler Wochenbericht)

**Zuhörer:** ca. 10

**Schrift-**

**führer:** Stadtoberamtsrat Christoph Croin

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ende:** 21:40 Uhr

**Formale**

**Prüfung:** Einladung mit Schreiben vom 11.07.2016  
Bekanntmachung im Mitteilungsblatt vom 14.07.2016

**Beschluss-**

**fähigkeit:** Der Gemeinderat ist beschlussfähig.

Bürgermeister Roland Tibi begrüßt die Anwesenden, weist auf die form- und fristgerecht erfolgte Einladung zur heutigen öffentlichen Gemeinderatssitzung hin und stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Der Vorsitzende geht davon aus, dass alle Unterlagen vollständig übersandt wurden und keine Einwendungen gegen die Tagesordnung bestehen.

Vor Eintritt in die Sitzung bittet der Vorsitzende darum, in einem kurzen Moment des Innehaltens der Opfer des Anschlags von Würzburg zu gedenken. Auch unsere französischen Freunde sind in Nizza wieder Opfer eines Anschlags geworden. Wir sind heute bei den Opfern und ihren Familien. Am Ende verbleibt nur Fassungslosigkeit. Im Gedenken an die Opfer der Terroranschläge von Würzburg und Nizza erheben sich alle Anwesenden zu einer Schweigeminute von ihren Plätzen.

Danach eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

### **Tagesordnungspunkt 01**

#### **Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 04.07.2016 und sonstige Bekanntgaben**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Gemeinderat grundsätzlich öffentlich ist. Nichtöffentlich muss verhandelt werden, wenn beispielsweise wie bei Personalangelegenheiten berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. Die Stadträte unterliegen dabei der Schweigepflicht, bis sie der Bürgermeister davon entbindet. Der Bürgermeister hat hier keinen Spielraum.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 04.07.2016 gibt der Vorsitzende folgende Beschlüsse bekannt:

#### 01. Personalsachen; Ausschreibung und Vergabe einer Stelle Reinigungskraft

Der Gemeinderat beschloss, die Stelle einer Reinigungskraft unter anderem für das Bürgerzentrum im ehemaligen Gasthaus Krone Ladhof zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit einem Umfang von 21 Stunden wöchentlich zu besetzen. Die Verwaltung wurde beauftragt, diese Stelle öffentlich auszuschreiben und zu vergeben.

Darüber hinaus beschloss der Gemeinderat, die Stelle einer Reinigungskraft für die Grundschule Yach (Bernhardussaal) und den Kindergarten Yach (Gymnastikraum Keller) zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit einem Umfang von 10 Stunden wöchentlich zu besetzen. Die Verwaltung wurde beauftragt, auch diese Stelle (bei Bedarf) öffentlich auszuschreiben und zu vergeben.

#### 02. Kauf eines Teilgrundstücks am „Kalmer“ vom Land Baden-Württemberg

Der Gemeinderat stimmte dem überplanmäßigen Erwerb eines Teilgrundstücks am „Kalmer“ vom Land Baden-Württemberg zu.

#### 03. Gewerbesteuerstundung

Der Gemeinderat stimmte einer beantragten Gewerbesteuerstundung zu.

## **Tagesordnungspunkt 02**

### **Verabschiedung von Frau Stadträtin Stefanie Kury aus dem Gemeinderat**

Mit ihrem Wegzug aus Elzach verliert Stadträtin Stefanie Kury die Bürgereigenschaft und damit verbunden die Wählbarkeit. Sie scheidet daher aus dem Gemeinderat der Stadt Elzach aus. Stadträtin Stefanie Kury ist am 01.07.2009 in den Gemeinderat der Stadt Elzach eingetreten. Sie war mehr als 7 Jahre ein Aktivposten im Gemeinderat und hat ihr Ehrenamt außerordentlich gut ausgefüllt, so der Vorsitzende. Im gleichen Zeitraum war sie Mitglied des beratenden Ausschusses für Stadtentwicklung. Darüber hinaus hat sie die Funktion der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der Freien Wähler wahrgenommen. Auch wenn wir sie sehr vermissen werden, freuen wir uns auch gemeinsam mit ihr über ihr berufliches Fortkommen. Die Zusammenarbeit mit Frau Kury im Gemeinderat beschreibt der Vorsitzende als schöne und auch arbeitsintensive Zeit, in der man gemeinsam viel erreicht und ganz viele richtige Entscheidungen getroffen hat. Der Vorsitzende wünscht der ausscheidenden Stadträtin Stefanie Kury auch im Namen des Gemeinderatskollegiums alles Gute für ihren weiteren, insbesondere beruflichen Lebensweg und die erforderliche Gesundheit.

Auch Stadtrat Joachim Disch bedauert im Namen der Fraktion der Freien Wähler Elzach, dass man mit Frau Stadträtin Stefanie Kury einen Aktivposten sowohl im Gemeinderat als auch in der Fraktion der Freien Wähler Elzach verliert, ein herber Verlust, der nicht leichtfällt. Die Fraktion hat von Ihrer Anwesenheit und ihren Ideen profitiert. Besonders hervorzuheben ist ihre Fähigkeit, Dinge differenziert zu sehen und Meinungen in andere Worte zu fassen sowie das Zeitmanagement. Bei den Freien Wählern Elzach hat sie eine lebenslange „Wildcard“.

## **Tagesordnungspunkt 03**

### **Nachrücken von Frau Stadträtin Ute Becherer in den Gemeinderat der Stadt Elzach für die dort ausscheidende Frau Stadträtin Stefanie Kury;**

### **Entscheidung über die Anerkennung wichtiger Gründe (§ 16 GemO) für die Ablehnung des Amtes als Stadträtin**

#### **- Beschlussfassung**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-27-HA vor.

Der Gemeinderat stellt ohne Diskussion einstimmig fest, dass die von Frau Stadträtin Ute Becherer für die Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Gemeinderat der Stadt Elzach genannten Gründe wichtige Gründe i.S. von § 16 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg darstellen.

## **Tagesordnungspunkt 04**

### **Verpflichtung der für die ausscheidende Frau Stadträtin Stefanie Kury in den Gemeinderat der Stadt Elzach nachrückenden Stadträtin Susanne Volk, Hauptstraße 37, Elzach, gem. § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden Württemberg (GemO)**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-28-HA vor.

Für die aus dem Gemeinderat ausscheidende Frau Stadträtin Stefanie Kury rückt entsprechend der Reihenfolge der für den Wahlvorschlag der Freien Wähler Elzach für den Stadtteil Elzach bei der Gemeinderatswahl vom 25. Mai 2014 erreichten Stimmenzahl Frau

Susanne Volk, Hauptstraße 37, Elzach als Ersatzperson in den Gemeinderat der Stadt Elzach nach.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Susanne Volk alle erforderlichen Erklärungen abgegeben hat. Hinderungsgründe liegen nicht vor.

Es ist erfreulich, dass die ausscheidende Stadträtin Stefanie Kury durch eine Frau ersetzt werden kann, weil dem Gemeinderat der Stadt Elzach weiblicher Sachverstand fehlt. Frau Stadträtin Susanne Volk geht mit viel Engagement einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Jugendbereich der SF Elzach-Yach nach. Sie bringt alle Voraussetzungen für das Ehrenamt als Stadträtin mit.

Gemäß § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung verpflichtet Bürgermeister Roland Tibi Frau Susanne Volk unter Verwendung der nachfolgenden Verpflichtungsformel auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt Elzach gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Nachdem Frau Susanne Volk die Niederschrift über diese Verpflichtung gegengezeichnet hat, nimmt sie am Ratstisch Platz.

### **Tagesordnungspunkt 05**

#### **Elztal & Simonswäldertal Tourismusverwaltungs GmbH und Elztal & Simonswäldertal Tourismus GmbH & Co KG**

- **Jahresabschlüsse 2015**
- **Entlastung der Geschäftsführung**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-05-SWE vor.

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Geschäftsführerin des Tourismusverbandes ZweiTälerLand, Frau Ulrike Schneider.

Frau Schneider stellt zunächst anhand einer PowerPoint-Präsentation den Tourismusbericht 2015 vor. Frau Schneider stellt fest, dass 2015 zum ersten Mal seit Gründung der Gesellschaft die Schallmauer von 100.000 Ankünften durchbrochen wurde. Auch bei den Übernachtungszahlen zeichnet sich ein positiver Trend ab.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die starken Zahlen und die Etablierung als Naherholungsdestination den Betrieben zu verdanken sind. Auch die Entwicklung des internationalen Reisemarkts (unter anderem in der Türkei) führt dazu, dass Deutsche als reisefreudigstes Volk der Welt ihren Urlaub verstärkt in Deutschland mit dem Schwerpunkt Schwarzwald verbringen. Im Gastro- und Hotelbereich sowie bei den Zimmervermietern werden zusätzliche Kapazitäten benötigt. Umso wichtiger sind die Anstrengungen von Herrn Herr in Elzach-Kernstadt und Oberprechtal, zusätzliche Kapazitäten in verschiedenen Segmenten anzubieten. Der Vorsitzende empfiehlt allen landwirtschaftlichen Betrieben, sich ein zweites wirtschaftliches Standbein aufzubauen, um ihren Hof aufrechtzuerhalten und Geld zu verdienen.

Zur Abrundung des Tourismusberichts gibt Frau Schneider noch einen Überblick über die 2015 durchgeführten sowie die in diesem Jahr geplanten Projekte.

Stadträtin Stefanie Kury dankt im Namen der Fraktion der Freien Wähler Elzach Geschäftsführerin Ulrike Schneider und ihrem ZTL-Team für die außerordentlich gute Arbeit und die hervorragende Zusammenarbeit. Wenn dann die wirtschaftlichen Zahlen auch so gut sind, ist es umso erfreulicher.

Stadtrat Johannes Becherer schließt sich im Namen der SPD-Fraktion dem Dank für die durchweg positiven Zahlen an. Auch in der Geschäftsstelle im Bahnhof Bleibach ist man als Gast sehr gut aufgehoben. Der Schwarzwald bleibt das Zugpferd der baden-württembergischen Tourismusbranche. Sein Dank gilt auch den örtlichen Gastronomiebetrieben und Zimmervermietern, die dafür sorgen, dass sich die Gäste bei uns wohlfühlen und wiederkommen oder neue Gäste mitbringen.

Stadtrat Karl-Heinz Schill dankt in Namen der Fraktion der Freien Wähler ebenfalls dem ZTL-Team für seine engagierte Arbeit. Besonders erfreulich sind die dargestellten Zahlen. Die Tatsache, dass das ZTL-Team immer wieder neue Ideen auf den Weg bringt, ist mit ein Grund, warum die Zahlen stetig steigen. Als Ortsvorsteher bedankt er sich auch im Namen des Radfahrvereins Concordia Prechtal für die tolle Unterstützung beim Paracycling-Weltcup, der bei Sportlern und Gästen sehr gut angekommen ist.

Stadtrat Bernhard Schindler schließt sich dem Dank an, die Gesellschaft steht in guten Händen. Da die Übernachtungszahlen im 1. Halbjahr 2016 verhaltener ausfallen, wird es aus seiner Sicht schwierig sein, die guten Zahlen aus 2015 zu toppen. Frau Schneider erwidert, dass die Rechnung erst am Schluss aufgemacht wird. Dies liegt unter anderem an der zeitversetzten Abgabe von Meldescheinen. Der allgemeine Trend mit dem verregneten Juni bestätigt die Annahme von Stadtrat Bernhard Schindler. Durch die schönen Wetterprognosen und den Aufwärtstrend des Schwarzwalds als Ferienregion kann jedoch noch einiges kompensiert werden.

Anschließend stellt Frau Schneider die Jahresabschlüsse 2015 vor.

Nach kurzer Diskussion weist der Gemeinderat den Vertreter der Stadt Elzach einstimmig an, in der Gesellschafterversammlung der Feststellung der Jahresabschlüsse 2015 sowie der Entlastung der Geschäftsführung der Elztal & Simonswäldertal Tourismusverwaltungs GmbH sowie der Elztal & Simonswäldertal Tourismus GmbH & CoKG zuzustimmen.

## **Tagesordnungspunkt 06**

### **Bausachen;**

### **Entscheidung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zu Bauanträgen, -anfragen und Anträgen auf Nutzungsänderungen**

#### **06.1 Bauvorhaben: Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit neun Wohnungen zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungspflicht (Soziales Wohnen) Bauherr: Eheleute Sabine u. Torsten Schmid, Lindenmatte 2, 79215 Elzach**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-57-BA vor.

Der Planung liegt eine städtebauliche Studie zu Grunde, die zur Entwicklung des gesamten Bereichs führen soll, so der Vorsitzende. Vordringlich ist zunächst der Bau eines Flüchtlingsheims. Die Stadt Elzach hat mit den Investoren eine entsprechende Vereinbarung getroffen, das Gebäude, das zunächst der Unterbringung von Flüchtlingen dienen soll, anzumieten. Die Flüchtlingszahlen steigen zwar nicht mehr an; angesichts des Familiennachzugs, der bereits eingesetzt hat, kann nicht definiert werden, was geschieht. Mittelfristig besteht aber Bedarf, Flüchtlinge unterzubringen. Dies ergänzt die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in der gesamten Stadt Elzach, die sich bewährt und dafür

gesorgt hat, dass der soziale Frieden gewahrt werden konnte. Dieses Objekt eignet sich hervorragend, um sozialen Wohnungsbau zu betreiben. In Absprache mit den Investoren hat man bewusst auf Wohnungen gesetzt, um später im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus Wohnungen anbieten zu können. Es ist erfreulich, dass das Vorhaben Bauantragsreife erreicht hat und man den Bauantrag bescheiden kann.

Der Gemeinderat erteilt ohne Diskussion einstimmig das städtebauliche Einvernehmen zum vorliegenden Bauantrag.

**06.2 Bauvorhaben: Antrag zur Aufarbeitung von Gesteinsmaterial im ehemaligen Steinbruch Yach, Naturschutzgebiet „Yacher Zinken“**  
**Antragsteller: Hubertus Disch, Vorderzinken 26, 79215 Elzach**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-58-BA vor.

Stadtrat und Ortsvorsteher Josef Wernet teilt mit, dass der Ortschaftsrat Yach dem Vorhaben zugestimmt hat und dem Gemeinderat empfiehlt, der Maßnahme zuzustimmen.

Der Gemeinderat erteilt ohne Diskussion einstimmig das Einvernehmen zum Antrag zur Aufarbeitung von Gesteinsmaterial.

**06.3 Bauvorhaben: Abbruch des vorhandenen Schuppens sowie Errichtung eines kleinen Ferienwohnhauses, Flst.Nr. 579, Landwasserstraße in Elzach-Oberprechtal**  
**Bauvoranfrage;**  
**Bauherr: Anja Dufner, Waakirchner Str. 41, 81379 München**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-60-BA vor.

Ortsvorsteher Franz Burger teilt mit, dass der Ortschaftsrat Oberprechtal dem Bauvorhaben zugestimmt hat.

Der Gemeinderat erteilt ohne Diskussion einstimmig das Einvernehmen zur vorliegenden Bauvoranfrage.

**06.4 Bauvorhaben: Wiederaufbau des zerfallenen Dachstuhls auf das vorhandene Wohngebäude, Flst.Nr. 578, Landwasserstr. 24 in Elzach-Oberprechtal**  
**Bauvoranfrage-**  
**Bauherr: Hubert Dufner, Wallnstraße 1, 85256 Vierkirchen**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-61-BA vor.

Ortsvorsteher Franz Burger teilt mit, dass der Ortschaftsrat Oberprechtal dem Bauvorhaben zugestimmt hat.

Der Gemeinderat erteilt ohne Diskussion einstimmig das Einvernehmen zur vorliegenden Bauvoranfrage.

## Tagesordnungspunkt 07

### Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Rißlersberg 2015“ (ehemals 4. Änderung des Bebauungsplans „Rißlersberg 1973“) Erneute Offenlage gem. § 4 Abs. 3 BauGB

1. Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Bedenken und Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) sowie der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB
2. Billigung des geänderten Entwurfs des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften in der vorliegenden Fassung und Beschlussfassung über die erneute öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 a (3) BauGB

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-59-BA vor.

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Sammel vom Büro fsp.Stadtplanung aus Freiburg.

Grundsätzliches Ziel dieses Bebauungsplans ist es, Nutzungskonflikte mit den umliegenden bestehenden Wohngebieten zu vermeiden und die weitere Entwicklung der gewerblich genutzten Bereiche zu steuern, um zusätzliche Arbeitsplätze zu erreichen.

Herr Sammel berichtet, dass das Verfahren aufgrund relevanter Änderungen noch nicht abgeschlossen werden kann, sondern eine erneute Offenlage notwendig ist.

Ein wesentlicher Punkt ist die Verkleinerung des Abstands zwischen dem Baufenster und der Straße, um den Bauherren mehr Flächen zu geben. Die Straßenbauverwaltung kann diesen Weg mitgehen, benötigt aber einen Seitenstreifen von 3 m als Arbeitsraum für den neuen Geh- und Radweg. Damit bestehen auch gute Einsichtsmöglichkeiten in die übergeordnete Straße. Die Neuordnung des Bereichs mit der Ausweisung von Mischgebiets- und Gewerbegebietsflächen muss nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden, so lange die städtebauliche Ordnung gewährleistet ist. Eine Neuordnung ist notwendig, weil sich eine Gemengelage ergeben hat. Die sich aus dem Bebauungsplan ergebenden Änderungen werden im Flächennutzungsplan im Wege einer Berichtigung nachgeführt werden.

Ein Streitpunkt war die Regelung zur Beurteilung der Verträglichkeit von Lärmimmissionen. Die Art der baulichen Nutzung ist nun über Abstandsklassen geregelt.

Eine größere Anregung kam von der Rechtsvertretung eines Betriebs. Hier hat man im Rahmen einer Besprechung weitgehend Einigung erzielen können. Beim vorhandenen Betonwerk ist nicht der Lärm, sondern die Gebäudehöhe das Hauptproblem. 10 m Gebäudehöhe zuzüglich 3 m bei technischen Anlagen reichen nicht aus, um den Betrieb zu erneuern. Deshalb wurde im Bebauungsplan eine schraffierte Fläche ausgewiesen, innerhalb derer bis zu 15 m hoch gebaut werden kann (gemessen ab der Erschließungsstraße) auf einer Fläche von max. 100 m<sup>2</sup>.

Die Stadt Elzach wird im weiteren Verfahren erneut auf die Belange der Gewerbebetriebe eingehen und den Verlauf der Baugrenze im südöstlichen Bereich etwas begradigen, da der geplante Geh- und Radweg einen teilweise sehr geschwungenen Verlauf bzw. kleinere Ausbuchtungen vorweist und auf diese kleinteiligen Verschwenkungen baulich nur sehr schwer reagiert werden kann. Der Mindestabstand von 3 m für den größten Teil der Baufenster entlang der Straße Am Rißlersberg soll jedoch erhalten bleiben.

Im Rahmen der Offenlage kam auch die Anregung, die Baufenster im Bereich der Gewerbegrundstücke noch näher an den Radweg heranzurücken. Hier vertritt man aber die

Meinung, dass man den Betrieben mit dem Bebauungsplan bereits sehr weit entgegengekommen ist. Neben der Reduzierung des Abstands auf 3 m wurde auch die Geschossflächenzahl auf 0,8 erhöht, so dass 80 % der Fläche versiegelt werden darf. Aus städtebaulicher Sicht sollte man den Radweg nicht zu sehr einengen. Mit dem Mindestabstand von 3 m (in Teilbereichen bis zu 1,80 m) rückt man ohnehin schon sehr nahe an den Radweg heran. Daher wird empfohlen, diese Anregung nicht umzusetzen. Mit der zeichnerischen Begradigung und der Ausnahmeregelung in Bezug auf die Höhenbegrenzung für gewerbliche Flächen (auf max. 100 m<sup>2</sup>, 15 m Höhe im schraffierten Bereich) greift man inhaltlich in den Bebauungsplan ein. Deshalb bedarf es einer erneuten Offenlage. Die 3. Offenlage kann man inhaltlich auf das beschränken, was sich geändert hat. Ende des Jahres wäre die Verlängerung der Veränderungssperre erforderlich. Daher sollte man in der Sitzung am 27.09.2016 das Verfahren abschließen. In teilweise schwierigen Gesprächen mit den Grundstückseigentümern wurden gute Lösungsansätze gefunden, um das Gewerbegebiet bzw. Industriegebiet mit der umklammernden Bebauung neu zu ordnen.

Stadtrat Marc Schwendemann schlägt im Namen der Fraktion der Freien Wähler vor, den Mindestabstand auf 1 m zu reduzieren und im südöstlichen Bereich auf Null zu setzen, um den Besitzern und Gewerbebetrieben entgegenzukommen. Herr Sammel erwidert, dass der Bebauungsplan schon ein sehr großes Entgegenkommen ist; der Abstand von der Straße betrug vorher 16 m. Von der Idee, den Abstand im hinteren Bereich auf Null zu setzen, wird abgeraten. Wenn man die Gebäudekante auf die Grundstücksgrenze setzt, wird in die Bepflanzungsmaßnahmen anderer Bebauungspläne eingegriffen. Die Abstandsfläche sollte auf dem eigenen Grundstück sein. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auch Bauherren von Wohnhäusern einen Abstand von 2,50 m einhalten müssen.

Im Rahmen der Abwägung zwischen dem städtebaulichen Ansatz und den Belangen des betrieblichen Ablaufs schließt sich Stadtrat Michael Meier dem Vorschlag der Fraktion der Freien Wähler an, den Mindestabstand auf 1 m zu reduzieren. Der Vorschlag, den Mindestabstand im hinteren Bereich auf Null zu setzen, kann man dagegen nicht mittragen.

Stadtrat Bernhard Schindler schlägt im Namen der CDU-Fraktion vor, den Mindestabstand bei einer zulässigen Gebäudehöhe von 10 m bei 3 m zu belassen. Der Mindestabstand kann auf 1 m reduziert werden mit der Maßgabe, dass die Gebäudehöhe auf 5 m (beispielsweise für einen Anbau/Vorbau an eine Halle) begrenzt wird. Er erhebt diesen Vorschlag zum Fraktionsantrag.

Stadtrat Marc Schwendemann ändert sodann seinen Fraktionsantrag insoweit ab, als der Mindestabstand grundsätzlich auf 3 m, im südöstlichen Bereich auf 1 m gesetzt werden soll.

Aus Sicht von Stadtrat Michael Meier sollte man den städtebaulichen Ansatz verfolgen. Allerdings befindet sich der Radweg nicht in der freien Natur, zumal das Gewerbe auf der gegenüberliegenden Seite auch an die Straße herangerückt ist.

Nach eingehender Diskussion fasst der Gemeinderat folgende Beschlüsse:

1. Der Gemeinderat der Stadt Elzach hat die eingegangenen Bedenken und Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3(2) BauGB und die gemäß § 4 (2) BauGB eingeholten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange behandelt und trifft einstimmig die dargestellten Abwägungen gemäß Vorlage mit Änderungen zu C 1.2.1 und C 2.2 wie folgt: Der Abstand der Baugrenze zum planfestgestellten Geh- und Radweg wird auf 1 m reduziert.
2. Der Gemeinderat der Stadt Elzach billigt den geänderten Entwurf des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften „Rißlersberg 2015“ in der vorliegenden Fassung mit folgender Änderung: der Abstand der Baugrenze zum planfestgestellten Geh- und Radweg wird auf 1 m reduziert. Der Gemeinderat beschließt, diesen nach § 4 a (3)

BauGB erneut öffentlich auszulegen sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erneut durchzuführen. Es wird bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme.

## **Tagesordnungspunkt 08**

### **Einrichtung einer Ganztagesgrundschule in der Stadt Elzach;**

#### **a) Vorstellung des Ergebnisses der Elternumfrage**

#### **b) Beschluss über das weitere Vorgehen**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-29-HA vor.

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den geschäftsführenden Schulleiter der Schulen Elzach, Herrn Meinrad Seebacher sowie den Schulleiter der Karl Siegfried Bader Schule Prechtal, Herrn René Bauer, die bei Bedarf als Sachverständige hinzugezogen werden können.

Der Vorsitzende gibt zunächst bekannt, dass Schulleiterin Nadine Mohr die Siebenfelsenschule verlässt und eine andere berufliche Herausforderung annimmt.

Hauptamtsleiter Croin stellt anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation das Ergebnis der Elternumfrage vor. Die für die Präsentation verwendeten Folien sind dieser Niederschrift als Anlagen beigefügt. Die Rücklaufquote ist mit rund 47 % gut und auch repräsentativ. Immerhin 86 Eltern wünschen sich eine Ganztagsgrundschule in der Wahlform. Hierbei handelt es sich um eine andere Unterrichtsform. Aus den Rückmeldungen war auch deutlich zu entnehmen, dass die Eltern aus beruflichen Gründen auch nach Einrichtung einer Ganztagsgrundschule großen Wert auf die verlässliche Grundschule und eine flexible Nachmittagsbetreuung legen.

Nun stellt sich die Frage, wie es weitergehen soll, so der Vorsitzende. In der Umfrage wurden Elzach und Prechtal als mögliche Standorte benannt. Schulleiterin Nadine Mohr hatte zuvor nachvollziehbar und schlüssig dargelegt, warum die Siebenfelsenschule Yach nicht als Standort in Frage kommt.

Stadtrat Bernhard Schindler stellt im Namen der CDU-Fraktion fest, dass ein eindeutiges Votum seitens der Elternschaft vorliegt, dass die Stadt eine Ganztagsgrundschule einrichten soll. Auch bezüglich der Standortfrage hat die CDU-Fraktion eine klare Position, denn in Prechtal steht das erforderliche Raumangebot zur Verfügung, wenn der Rektor es personell hinbekommt. In Elzach hat man dann Luft, die für zukünftige Entwicklungen notwendig ist.

Stadträtin Lena Mayer zeigt sich im Namen der SPD-Fraktion überrascht über die Rückmeldungen aus der Elternschaft, das sehr positive Ergebnis ist erfreulich. Als Standort favorisiert man auch Prechtal. Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Eltern aus den anderen Stadtteilen auch die Möglichkeit haben, ihre Kinder in der Ganztagsgrundschule anzumelden, ohne dass sie selbst fahren müssen. Das bedeutet, dass eine entsprechende Schülerbeförderung hinterlegt wird. Es ist Wunsch und Bitte der SPD-Fraktion, dass zum 01.10.2016 ein Antrag beim Regierungspräsidium Freiburg gestellt wird, damit man, wenn es Prechtal werden sollte, schnell loslegen kann. Der Entwurf des Modellstundenplans ist toll. Einen Ganztagsgrundschulbetrieb auf dieser Grundlage kann man sich für die Kinder in Elzach gut vorstellen. Ob die Kinder sich dann auch verbindlich anmelden, hängt auch vom Konzept ab. Die Betreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule und die Nachmittagsbetreuung sollte man weiter ausbauen. Hier bestehen verschiedene Möglichkeiten, das Angebot noch attraktiver zu gestalten.

Der Vorsitzende erwidert, dass es die Haltung des Gemeinderates ist, möglichst alle 4 Grundschulstandorte aufrechtzuerhalten. Wenn man von der Nachmittagsbetreuung spricht, muss diese entsprechend dem angemeldeten Bedarf an allen 4 Grundschulen angeboten werden. Wenn die Nachmittagsbetreuung dagegen nur am Standort der Ganztagsgrundschule angeboten wird, dann zieht man alle Grundschüler auf einen Punkt mit der Folge, dass alle anderen Grundschulstandorte spürbar geschwächt werden. Daher müssen wir nicht nur ein pädagogisches Konzept für die Ganztagsgrundschule hinbekommen, sondern auch eine Nachmittagsbetreuung entlang des Bedarfs wie bisher gegen Geld an allen Grundschulstandorten anbieten.

Stadtrat Joachim Disch spricht im Namen der Fraktion der Freien Wähler angesichts der Rücklaufquote von einer guten Resonanz. Das Ergebnis der Elternumfrage ist erfreulich und repräsentativ. Man kommt zu dem gleichen Ergebnis, dass aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nur der Standort Prechtal in Frage kommt, auch weil Sport ein Teil des rhythmisierten Unterrichts sein soll. Ansonsten würde er es begrüßen, wenn die Einrichtung der Ganztagsgrundschule zum Schuljahr 2017/2018 möglich wäre. Die Festlegung des Stundenumfangs würde er der Schule überlassen, die ja auch das Konzept erstellt.

Stadträtin Lena Mayer betont, dass man auch an einer Ganztagsgrundschule eine Nachmittagsbetreuung nach Unterrichtsende um 15:15 Uhr anbieten muss. Der Vorsitzende teilt diese Auffassung, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass dies die anderen Standorte schwächen wird, weil dann Schüler von diesen Schulen abgezogen werden. Eine weitere Konzentration der Grundschüler in Prechtal ist eine politische Frage, wäre aber machbar; dies hat immer auch Folgen. In einem ersten Schritt muss nun der Standort festgelegt werden.

Für den Schulleiter der Karl Siegfried Bader Grundschule Prechtal, René Bauer, sind die Zahlen nicht ganz überraschend. Für Prechtal bewegen sich diese im Rahmen der Schülerzahlen, die ohnehin schon an der Nachmittagsbetreuung teilnehmen. Der Standort Prechtal hat als ehemalige Werkrealschule mit Grundschule gute Voraussetzungen für die Einrichtung einer Ganztagsgrundschule. So könnte beispielsweise das Nebengebäude in eine Mensa umgewidmet werden. Allerdings spielt der Zeitfaktor eine Rolle. Nächste Woche beginnen die Schulferien, der Zeitkorridor für die Entwicklung einer Konzeption ist sehr begrenzt. Zur Anmerkung von Stadtrat Karl-Heinz Schill führt Herr Bauer aus, dass die Gesamtlehrerkonferenz in ihrer ersten Konferenz am 09.09.2016 beschließen müsste. Bei der Schulkonferenz ist zu beachten, dass die Vertreter erst bis Ende Oktober gewählt werden. Auch aus dem Elternbeirat werden Leute ausscheiden, unter anderem auch der Elternbeiratsvorsitzende. Dies bedeutet, dass ebenfalls im September eine Beiratssitzung veranstaltet werden müsste, damit dann zügig die Elternvertreter gewählt werden können. Neben den organisatorischen Weichenstellungen müssen auch inhaltlich einige Dinge geklärt werden. Zum einen müssen die Vereine mit ins Boot genommen werden; zum anderen muss die Schülerbeförderung organisiert werden. Die räumlichen Gegebenheiten sind zwar da; das heißt aber nicht, dass man 1:1 vom normalen Grundschulbetrieb auf die Ganztagsgrundschule umsteigen kann. Man hat zwar 1 Jahr Zeit, um die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen; die Vorüberlegungen müssen aber getroffen werden. Daneben muss geklärt werden, welche außerschulischen Partner teilnehmen wollen und können. Insgesamt verbleibt nicht sehr viel Zeit, um alle Vorbereitungen zu treffen. Der Bedarf geht eher in Richtung 50 Kinder als in Richtung 100 Kinder, so dass man von 1 oder 2 Klassen ausgehen kann. Eine Rolle spielt auch, dass wir in Zeiten der Vollbeschäftigung leben. Das bedeutet, dass auch alle Mütter arbeiten gehen. Bei anderen konjunkturellen Vorzeichen bleiben die Mütter zu Hause und betreuen ihre Kinder selbst.

Der Vorsitzende stellt heraus, dass es sich bei einer Ganztagsgrundschule um eine pädagogische Schulform und nicht um Betreuung handelt. Eltern, die arbeiten, wollen jetzt schon entsprechende Angebote.

Der geschäftsführende Schulleiter der Schulen, Elzach Meinrad Seebacher, hält es für utopisch, bis zum 01.10.2016 eine Konzeption aufzustellen und diese mit Leben zu füllen. Von anderen Schulen, die bereits eine Ganztagsgrundschule eingerichtet haben, weiß man, dass man etwa ein halbes oder ein Dreivierteljahr benötigt, um ein schlüssiges Konzept mit Stundenplan und Kooperationspartnern zu erstellen. Eine realistische Zeitangabe ist daher Oktober 2017. Unter der Voraussetzung, dass Prechtal Standort der Ganztagsgrundschule wird, muss man bedenken, dass diese Schüler in 4 Jahren in die weiterführenden Schulen wechseln. Dann wird man sich die gleiche Frage stellen und eine Konzeption für eine Fortführung des Ganztagsbetriebes entwickeln müssen. Dies sollte in die Überlegungen miteinfließen. Wichtig erscheint, sich zeitnah auf einen Standort zu einigen. Danach muss die Schule ein Konzept erstellen, das eine Nachmittagsbetreuung mit den Vereinen einschließt. Nach der Vorstellung des Konzepts bei einem Elterninfoabend kann abschließend eine bedarfsgerichtete Abfrage durchgeführt werden.

Stadtrat Karl-Heinz Schill kann nachvollziehen, dass die Schule hier unter Zeitdruck steht. Nichtsdestotrotz sollte man versuchen, es auf die Reihe zu bekommen. Im schlimmsten Fall ist das Konzept nicht schlüssig und wird infolgedessen vom Schulamt abgelehnt. Was die Einbindung der Vereine angeht, kann er seine volle Unterstützung zusagen. Wenn man nicht nachsteuern kann, sollte man es darauf ankommen lassen, dass der Antrag auf Einrichtung einer Ganztagsgrundschule abgelehnt wird.

Stadtrat Dietmar Oswald hat Bedenken, weil der Zeitkorridor doch sehr klein ist, gerade wenn man etwas abliefern soll, was Hand und Fuß hat. Aus Sicht von Stadtrat Josef Wernet sollte man so schnell wie möglich dafür sorgen, dass ein Ganztagsangebot in der Stadt Elzach installiert wird, da umliegende Gemeinden auch dabei sind, dies auf den Weg zu bringen. Eine Gefahr sieht er für die kleinen Grundschulen.

Stadtrat Michael Meier stimmt Herrn Seebacher zu, dass sich in 4 Jahren die Frage eines Ganztagsangebots an den weiterführenden Schulen stellt und bei der Erarbeitung eines Konzepts Qualität vor Schnelligkeit geht. Auf der anderen Seite ist dies nicht das erste Ganztagskonzept, zumal man auch schon länger über dieses Thema diskutiert. Deshalb unterstützt er den Vorschlag von Stadtrat Karl-Heinz Schill, zu versuchen, bis zum 01.10. 2016 einen Antrag vorzubereiten mit dem Ziel, zum Schuljahr 2017/2018 eine Ganztagsgrundschule einzurichten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass mit der Einrichtung einer Ganztagsgrundschule die Schulbezirkspflicht aufgehoben ist. Wenn wir dies nicht anbieten, ist ein Schulbezirkswechsel an eine auswärtige Ganztagsgrundschule möglich. Dies gilt auch innerhalb der Stadtgrenzen. Klar ist auch, dass wir nicht an vier Standorten Ganztagsgrundschulen einrichten können.

Auf Anfrage von Stadtrat Karl-Heinz Schill zum Antragsverfahren erläutert Herr Seebacher, dass man bei Kleinigkeiten nachjustieren kann. Dies gilt nicht, wenn das Grundgerüst betroffen ist, beispielsweise Vereinbarungen mit außerschulischen Partnern oder das pädagogische Konzept. Nach Beginn des neuen Schuljahrs bleiben gerade mal 14 Tage Zeit, um das Konzept zu erstellen und den Antrag vorzubereiten. Qualität geht hier vor Schnelligkeit.

Der Vorsitzende macht deutlich, dass man sich für den Fall, dass Prechtal Standort der Ganztagsgrundschule wird, bei der Gestaltung des Freizeitangebots mit außerschulischen Partnern nicht ausschließlich auf Prechtaler Vereine beschränken wird. Da es in der Stadt Elzach beispielsweise 5 Musikvereine gibt, muss man auch bei allen 5 anfragen. Das Ergebnis der Elternumfrage hat gezeigt, dass ein Bedarf für musikalische Betreuung besteht. Daher muss man auch bei Vereinen nachfragen, die nicht aus der Ortschaft kommen.

Nach Auffassung von Stadtrat Marc Schwendemann sind es die Schulen, die die Ganztagsbetreuung konzipieren und umsetzen sollen. Daher sollte man hier Zurückhaltung walten lassen und eher noch ein Jahr Zeit geben. Voraussetzung ist ein formal zu stellender

Antrag, der dem Oberschulamt fristgerecht vorliegen muss, so der Vorsitzende; ansonsten kann man es ein Jahr später angehen.

Gesamtelternbeiratsvorsitzender Lothar Biehrer stellt fest, dass die Elternvertreter dafür sind, in Prechtal eine Ganztagsgrundschule einzurichten. Dabei sollte man nichts übers Knie brechen, sondern auf ein gutes Konzept Wert legen.

Auf Anfrage von Stadtrat Michael Meier stellt der Vorsitzende klar, dass Schulleiter Bauer wie dargelegt versuchen wird, bis zum 01.10.2016 ein Konzept zu erstellen. Hierzu benötigt er die Beschlüsse der Gesamtlehrerkonferenz und der Schulkonferenz. Im Rahmen des Konzepts werden die Vereine für die Abdeckung des Freizeitangebots beteiligt werden. Herr Bauer wird bei der Ansprache der Vereine unterstützt werden. Die für den Ganztagsschulbetrieb notwendigen Räumlichkeiten einschließlich einer Mensa können bis September 2017 hergestellt werden. Wenn es nicht klappen sollte, muss man noch ein Schuljahr warten.

Nach eingehender Diskussion beschließt der Gemeinderat mehrheitlich die Einrichtung einer Ganztagsgrundschule an der Karl Siegfried Bader Grundschule Prechtal zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Schulleiter René Bauer soll in Abstimmung mit den Vereinen ein pädagogisches Konzept erstellen, das den interessierten Eltern vorgestellt werden wird. Die Schule soll den Stundenumfang selbst festlegen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme.

### **Tagesordnungspunkt 09**

#### **Erlass einer Benutzungssatzung für die Obdachlosenunterkünfte der Stadt Elzach**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2016-30-HA vor.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass § 3 Abs. 8 identisch mit § 4 der Satzung ist und daher ersatzlos gestrichen werden kann.

Die Benutzungssatzung dient insbesondere als Abrechnungsmöglichkeit mit den verschiedenen Kostenträgern.

Der Gemeinderat beschließt ohne Diskussion einstimmig den Erlass einer neuen Benutzungssatzung für die Obdachlosenunterkünfte der Stadt Elzach sowie das als Anlage beigefügte Gebührenverzeichnis.

### **Tagesordnungspunkt 10**

#### **Bebauungsplan „Biereck“ – der Gemeinde Hofstetten** **Stellungnahme im Zuge der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen** **Träger öffentlicher Belange** **- Beschlussfassung**

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt die dem Protokoll beigefügte Beschlussvorlage Drucksache Nr. 2015-62-BA vor.

Aus Sicht des Vorsitzenden ist es eine positive Entwicklung, wenn das Gasthaus „Biereck“ wieder mit Leben erfüllt wird. Im Umfeld sollen weitere Möglichkeiten für Erholung und Freizeitgestaltung entstehen. Dies kommt den touristischen Zielen der Stadt Elzach zu Gute, so dass auch wir davon profitieren. Eine ähnliche Entwicklung war auch im Bereich Heidacker vorgesehen, konnte jedoch leider nicht realisiert werden.

Stadtrat und Ortsvorsteher Karl-Heinz Schill weist darauf hin, dass der Ortschaftsrat Prechtal der dargestellten Planung einstimmig zugestimmt hat.

Der Gemeinderat fasst ohne Diskussion einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Elzach hat keine Bedenken oder Einwendungen gegen die dargestellte Planung und bittet um weitere Beteiligung am Verfahren.

## **Tagesordnungspunkt 11**

### **Fragen an die Bürgerinnen und Bürger**

Seitens der Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen gestellt.

## **Tagesordnungspunkt 12**

### **Bekanntgaben, Anregungen der Mitglieder des Gemeinderates**

#### a) Behelfsparkplatz auf dem Faller-Areal

Stadtrat Josef Wernet regt an, die beiden großen Betonpflocke, die zur Stabilisierung des „Schornsteinfegerhauses“ angebracht wurden, zu beseitigen. Damit würde man zusätzlichen Parkraum schaffen. Da die Beseitigung der Betonpflocke Geld kostet, so der Vorsitzende, wird dies innerhalb der Gesamtmaßnahme erfolgen.

#### b) Integration von Flüchtlingen

Nach der Info-Veranstaltung im ehemaligen Gasthaus Krone Ladhof hat man sich im Stadtteil Oberprechtal mit Erfolg darum bemüht, Flüchtlingen eine Beschäftigung zu geben bzw. in Arbeitsverhältnisse zu vermitteln, teilweise auch in Form von Arbeitsangelegenheiten. Umso unverständlicher ist es, dass nun gerade diese Flüchtlinge, die im Johann-Vogt-Haus untergebracht sind, abgezogen und in anderen Unterkünften wie z.B. im Gasthaus Bären in Niederwinden untergebracht werden, zumal diese Flüchtlinge gute Arbeit leisten. Auch für die ehrenamtlichen Helfer ist diese keine schöne Situation. Der Vorsitzende bestätigt, dass für die einzelnen Flüchtlinge ein Profil erstellt werden sollte, ob sie da bleiben wollen, was sie können, welche Voraussetzungen sie mitbringen und wie man sie evtl. weiterqualifizieren kann. Wenn uns ein Flüchtling auf eigenen Wunsch wieder verlassen will, ist das eine Sache; einen Flüchtling nach Niederwinden abzuziehen, macht dagegen keinen Sinn. Man wird nachhaken, was der Hintergrund war.

#### c) Faller-Areal

Stadtrat Dietmar Oswald stellt fest, dass die Gestaltung der „neuen Mitte“ in Elzach seit der Vorstellung des Projekts im Gemeinderat in den zwei darauffolgenden Sitzungen kein Thema mehr war. Die Frage ist, ob man noch mehr Öffentlichkeitsarbeit betreiben muss. Der Vorsitzende stellt fest, dass man nach der Beschlussfassung im Gemeinderat versucht hat, die Bevölkerung so schnell wie möglich über das Projekt zu informieren, nachdem immer wieder Gerüchte aufkamen. Die Entscheidung ist nach wie vor richtig. Die Bevölkerung wurde dann in einer ersten Informationsveranstaltung über die Grundzüge informiert. Neben der Ankündigung im Mitteilungsblatt und auf der Homepage wurden auch noch 180 Briefe verschickt. Bei der Info-Veranstaltung wurde das Projekt durchaus positiv aufgenommen, die städtebaulichen Überlegungen haben Applaus geerntet – und das, obwohl die halbe Stadt umgekrepelt wird. Dass das Konzept von der Bevölkerung nicht kommentarlos hingenommen werden würde, war klar. Es soll ja auch diskutiert werden. Noch ist nichts entschieden. Es gibt weder einen notariellen Vertrag noch liegt e. Baugenehmigung vor. Man hat sich in Bezug auf d. Projekt auf den Weg begeben. Die Bevölkerung soll dabei nicht nur

informiert werden, sondern auch mitwirken. Dabei muss das Verkehrsthema, das eine große Rolle spielt, gut abgearbeitet werden. Auch bei einer Veranstaltung des Gewerbevereins am vergangenen Freitag mit rund 80 Gewerbetreibenden wurde intensiv diskutiert. Sein Eindruck ist, dass die Leute verstanden haben, welche städtebauliche Entwicklungschance wir haben. Er wird sich am Donnerstag mit Herrn Herr treffen und klären, wie es weitergehen soll. Infomäßig muss man nachschieben, da man noch nicht alle erreicht hat. Es muss Klarheit herrschen, was diese städtebauliche Entwicklungsmaßnahme insgesamt bedeutet. Allerdings ist zu beachten, dass man bei diesem Projekt einen Partner hat, mit dem man sich abstimmen muss.

Es wird nicht ausbleiben, dass auch Kritik geäußert wird. Letzten Endes trägt das Gemeinderatsgremium mit ihm als Vorsitzendem die Verantwortung für die Grundsatzentscheidung, die man nach sorgfältiger Abwägung getroffen hat.

Aus Sicht von Stadtrat Fabian Thoma besteht in Bezug auf das Änderungsmanagement und die Kommunikationspolitik Potenzial nach oben. Deshalb sollte man sich punktuell, spezifisch und projektbezogen bei Großprojekten mit so immensen Auswirkungen wie in diesem Fall Unterstützung von dritter Seite dazu holen, um eine neutrale Meinung einzuholen und ein Gesamtkonzept zu hinterlegen. Gerade in solchen Fällen wäre es wert, Geld für Beratungsleistungen in die Hand zu nehmen. Der Vorsitzende bezweifelt, ob die Beiziehung eines weiteren Architekten Sinn macht, da man bereits einen Städteplaner und ein städtebauliches Konzept hat. Die Bevölkerung muss darüber informiert werden, was wir wollen. Stadtrat Joachim Disch hält es für wichtig, die Bevölkerung in großem Stil zu informieren, wenn das Raumprogramm steht. Die Bürgerinnen und Bürger bewegt auch die Frage, wie hoch die Investitionskosten sind, die die Stadt für das neue Bürgerhaus tragen muss. Der Vorsitzende erwidert, dass er eine finanzielle Größenordnung genannt hat. Wir als Stadt sind Herr des Verfahrens. Den Vorschlag von Stadtrat Joachim Disch, zunächst das Raumkonzept abzuwarten und dann dafür zu sorgen, dass sich die Bevölkerung besser informiert fühlt, hält er für eine gute Idee. Er wird mit dem Projektpartner ein Gespräch führen, um danach zeitnah und abhängig vom Raumkonzept, das zumindest in Grundzügen vorliegen sollte, die Bevölkerung über das Projekt zu informieren.

Bürgermeister Roland Tibi schließt diese öffentliche Gemeinderatssitzung um 21:40 Uhr.

Zu Urkundspersonen wurden die Stadträte Ludwig Läufer und Dietmar Oswald bestellt.

Der Vorsitzende:



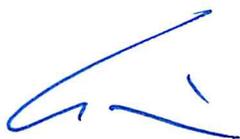
\_\_\_\_\_  
Roland Tibi, Bürgermeister

Urkundspersonen:



\_\_\_\_\_  
Ludwig Läufer

Schriftführer:



\_\_\_\_\_  
Christoph Croin



\_\_\_\_\_  
Dietmar Oswald